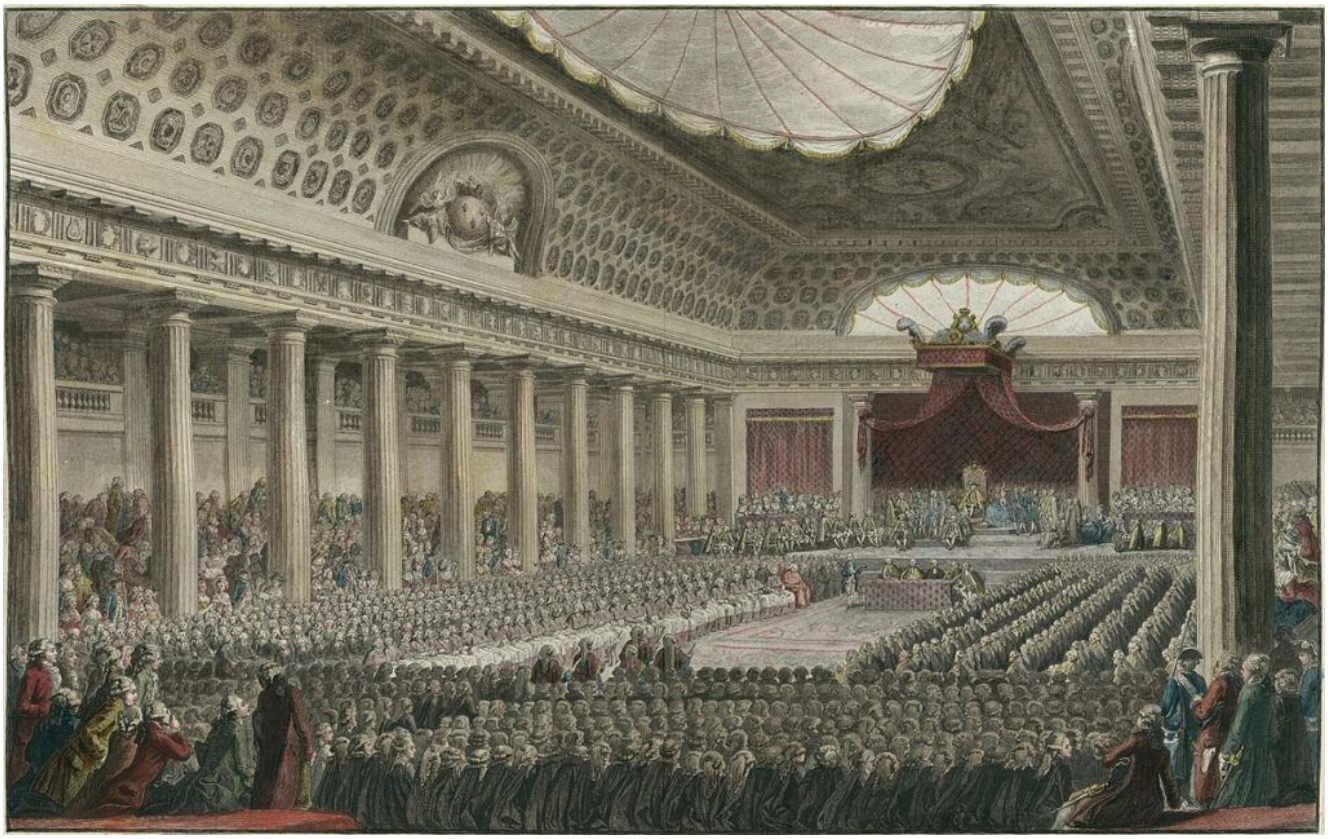
Warum «linke Bildungspolitik» vonnöten ist und warum sie nicht ausreicht.

Category: Blog
geschrieben von Gastautor | 18. Juli 2021





Johannes Gruber, Redaktor vpod-Bildungspolitik sowie Fachsekretär interkulturelle Bildung

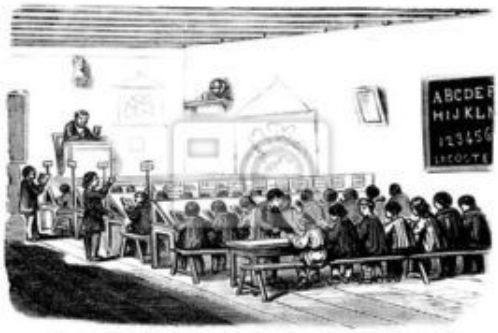
Was «linke Bildungspolitik» ist, darüber sollte wieder mehr gestritten werden. Gerne will ich hierzu ein paar Gedanken beitragen. Für eine systematische

begriffliche Klärung der einzelnen Bestandteile «links», «Bildung», «Politik» und «Bildungspolitik» ist hier wohl nicht der richtige Ort, doch zumindest auf zwei historische Bezüge möchte ich eingangs nicht verzichten.

Die Unterscheidung der politischen «Linken» und «Rechten» hat ihren Ursprung in der ersten französischen Nationalversammlung 1789. Zur rechten Seite des Parlamentspräsidenten sass der Adel, zur linken das Bürgertum. Bis heute sind die Ideale der französischen Revolution «Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit» zentrale Bezugspunkte der politischen Gruppierungen, die sich als «links» bezeichnen. Wer linke Politik betreibt, der engagiert sich dafür, dass alle Menschen die gleichen Rechte und Lebenschancen haben, unabhängig von nationalen, ethnischen, geschlechtlichen Zugehörigkeiten.

1784, wenige Jahre vor der französischen Revolution, hatte der Philosoph Immanuel Kant in seinem bekannten Aufsatz «Was ist Aufklärung?» die Frage mit der Herausbildung der Fähigkeit beantwortet, «sich seines Verstandes ohne die Leitung eines anderen zu bedienen». Sowohl eine Grundbedingung dafür, als einzelner Mensch sein Schicksal in die eigene Hand zu nehmen, als auch als Gesellschaft demokratische Entscheidungen zu treffen.

> *Die Institutionalisierung der öffentlichen Schulen im 19. Jahrhundert waren diesem aufklärerischen Programm verpflichtet, Menschen zu bilden und zu verbessern.*



Institutionalisierung der Schule: Selbständige Urteils- und Handlungsfähigkeit als oberstes Bildungsziel

Die Institutionalisierung der öffentlichen Schulen im 19. Jahrhundert waren diesem aufklärerischen Programm verpflichtet, Menschen zu bilden und zu verbessern. Bis heute prägt es den Kern dessen, was wir unter Bildung verstehen. Diese erschöpft sich nicht in der Aneignung von Wissen, sondern beinhaltet auch das Vermögen, das Anerzogene und Gelernte in Frage zu stellen. Selbständige Urteils- und Handlungsfähigkeit als oberstes Bildungsziel – angesichts des derzeitigen beschleunigten technologischen Wandels sowie kultureller und sozialer Umbrüche geradezu ein unerhört aktuelles Bildungsverständnis.

Doch mit dem Zeitalter der Aufklärung und der französischen Revolution wurden gesellschaftliche Ungleichheiten nicht aufgehoben, weiterhin blieb Bildung erst einmal ein Privileg, von dem die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung – Bauern, Arbeiter sowie die meisten Frauen – ausgeschlossen waren. Dies änderte sich nur sehr langsam: Wichtige Wegmarken waren hier die Einführung von öffentlichen Schulen und Schulpflicht im 19. Jahrhundert sowie der schrittweise Auf- und Ausbau eines differenzierten öffentlichen Bildungssystems im 20. Jahrhundert. Bis heute bestehen viele Bildungsungleichheiten fort. Ein Grundmotiv linker Bildungspolitik ist es, dies zu ändern.

Bildung – Mittel oder Gegenmittel zur Reproduktion von Ungleichheiten?

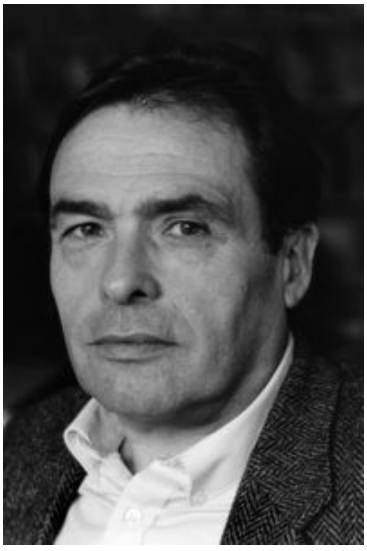
Seit Jahrzehnten legen bildungssoziologische Studien dar, dass weiterhin soziale Herkunft für den Schulerfolg entscheidend ist. Verortete die empirische Bildungsforschung in den 1960er Jahren das «katholische Arbeitermädchen vom Lande» als die im Bildungssystem am meisten benachteiligte Gruppe, so ist es heute der «Knabe ausländischer Herkunft»: In den Regelklassen der Schweizer Volksschule betrug 2018/19 der Anteil von Kindern und Jugendlichen mit ausländischer Staatsangehörigkeit 27 Prozent, dagegen 49 in den Einführungsklassen und 55 in den anderen Sonderklassen – jeweils mehrheitlich Knaben (BFS 2020, S. 9).



Herkunft beeinflusst Schulerfolg

Die Studie «Soziale Selektivität» des Schweizerischen Wissenschaftsrates von 2018 zeigt eindrücklich auf, dass im Schweizer Bildungssystem die Faktoren tiefer sozio-ökonomischer Status, Migrationshintergrund / Fremdsprachigkeit, Bildungsferne / tiefer Bildungsstand der Eltern die Schullaufbahn der Kinder stark beeinflussen. Zu primären Herkunftseffekten wie schlechtere Leistungen kommen sekundäre: Auch bei gleichen oder sogar besseren Leistungen werden Schüler*innen je nach Herkunft schlechter bewertet. Die soziale Selektivität des Schweizer Bildungssystems vergrössert sich von Bildungsstufe zu Bildungsstufe. Hinsichtlich der gymnasialen Maturität vermerkt die Studie für Akademikerkinder eine 7 Mal höhere Chance «die gymnasiale Maturität zu erwerben, als Kinder von geringer gebildeten Eltern, und eine 2,9 Mal höhere Chance als Kinder von Eltern mit mittlerem Bildungsniveau» (SWR 2018, S. 48).

> *Bourdieu kommt zu dem Schluss, dass eine solche «Reproduktion sozialer Ungleichheit» sogar die zentrale Funktion des Bildungssystems sei.*



Pierre Félix Bourdieu,

1930-2002,
französischer Soziologe
und Sozialphilosoph

Bereits zu Beginn der 1970er Jahre hatte Pierre Bourdieu in seinen Studien zum französischen Bildungssystem aufgezeigt, dass «Chancengleichheit» nicht nur eine Illusion ist, sondern dass diese Illusion zudem auch eine wichtige ideologische Funktion hat. Indem so getan wird, als ob alle Schüler*innen die gleichen Chancen hätten und fair bewertet würden, wird dem Schulerfolg die Legitimität zugeschrieben, über den weiteren Lebensverlauf der Schüler*innen – den Zugang zu beruflichen Karrieren, höheren Einkommen und sozialer Wertschätzung – zu entscheiden. Bourdieu kommt zu dem Schluss, dass eine solche «Reproduktion sozialer Ungleichheit» sogar die zentrale Funktion des Bildungssystems sei.

Wie aber kann linke Bildungspolitik gegen solche Strukturmechanismen gute Bildungsmöglichkeiten und -erfolge für alle erreichen?

Für eine Schule ohne Selektion

Je mehr Zeit die Kinder und Jugendlichen überwiegend im sozialen Umfeld ihrer Herkunftsfamilie verbringen, desto stärker reproduzieren sich die herkunftsbedingten Ungleichheiten.

> *Linke Bildungspolitik engagiert sich deshalb für die Einführung von Gesamtschulen, in denen keine Selektion nach Leistungsvermögen stattfindet.*

Auf Ebene des Bildungssystems fordert linke Bildungspolitik deshalb seit jeher eine möglichst lange gemeinsame Beschulung von Kindern aus verschiedenen sozialen Milieus. Bestätigt wird sie darin von Befunden wie denen des SWR-Berichts, der darauf verweist, dass in hierarchisch gegliederten Bildungssystemen die soziale Herkunft den Bildungs- und Lebensweg von Kindern und Jugendlichen aus unteren sozialen Schichten besonders stark präge. Im Schweizer Schulsystem seien zudem der «früh vorgenommene erste Übergang im Bildungssystem und die dabei stark ausgeprägte leistungsbezogene Allokation auf die Schullaufbahnen in der Sekundarstufe I […] weitere institutionelle und strukturelle Schlüsselfaktoren für soziale Ungleichheit». (SWR 2018, S. 45). Linke Bildungspolitik engagiert sich deshalb für die Einführung von Gesamtschulen, in

denen keine Selektion nach Leistungsvermögen stattfindet. Die Pisa-Ergebnisse zeigen, dass dies auch insgesamt zu besseren Leistungen führen kann: Die finnischen Schüler*innen, die neun Jahre lang bis zum Alter von 15 eine Gemeinschaftsschule besuchen, schneiden bei internationalen Leistungsvergleichen überdurchschnittlich gut ab.

Inklusion ist Kernanliegen linker Bildungspolitik

Besonders stark profitieren von einer vielfältigen und damit anregungsreichen sozialen Zusammensetzung von Schulen und Schulklassen auch Kinder und Jugendliche mit Handicaps. Dementsprechend ist auch Inklusion von Kindern mit Behinderungen in die Regelschule ein Kernanliegen linker Bildungspolitik. Mit dem Behindertengleichstellungsgesetz 2004, dem



Inklusion als Kernanliegen linker Bildungspolitik

Sonderpädagogik-Konkordat von 2013 und der 2014 durch die Schweiz erfolgten Ratifikation der UN-Behindertenrechtskonvention wurde hierzulande eine Entwicklung hin zu einem inklusiven Bildungssystems aufgegleist – damit diese jedoch auch stattfindet, braucht es tatsächliche Strukturreformen, die bis jetzt noch nicht abzusehen sind. Linke Bildungspolitik fordert hier entsprechende Massnahmen und Ressourcen.

Es spricht vieles dafür, dass gemeinsames Lernen ganztags stattfinden sollte. Der derzeit in einigen Kantonen laufende Ausbau der Tagesstrukturen hin zu einer Tagesschule ist deshalb zu begrüssen. Aus Sicht einer linken Bildungspolitik wäre jedoch eine öffentliche Ganztagsschule zu bevorzugen, in der Schule und Betreuung konzeptuell aufeinander abgestimmt sind und Kinder in festen Teams ganztägig unterrichtet und gefördert werden.



Frühes Schuleintrittsalter: Obligatorium nötig

Frühes und lebenslanges Lernen ermöglichen

Weil vom gemeinsamen Lernen alle profitieren, unterstützt linke Bildungspolitik auch eine früh beginnende Schulpflicht (bzw. die Einführung des obligatorischen Kindergartens), die entsprechend dem HarmoS-Konkordat (ab dem 4. Lebensjahr) bereits jetzt für eine Mehrheit der Kantone Standard ist. Ohne Obligatorium wären wohl – aus finanziellen und kulturellen Gründen – gerade die Kinder nicht erfasst worden, die nun am meisten von den zwei zusätzlichen Schuljahren profitieren. Dies bestätigt ein Blick in den Bereich frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung (FBBE), in dem in der Schweiz gerade im internationalen Vergleich erhebliche Defizite bestehen. Linke Bildungspolitik fordert auch hier einen Ausbau der wenigen existierenden öffentlichen Angebote und Programme.

Da die Notwendigkeit zu lernen in einer modernen Gesellschaft wie der Schweiz weder mit der obligatorischen Schule noch mit Abschluss eines Studiums endet, braucht es auch öffentliche Weiterbildungsangebote, die für wirklich alle Bevölkerungsgruppen zugänglich sind. Das in der Schweiz vorhandene Weiterbildungsgesetz (WeBiG) ist hier kaum hilfreich, da es stark von der Vorstellung privatwirtschaftlich organisierter und marktorientierter Weiterbildung geprägt und zudem inhaltlich auf Nachholbildung beschränkt ist. So jedenfalls wird das Gesetz seinem eigenen Anspruch nicht gerecht, «lebenslanges Lernen» zu fördern. Linke Bildungspolitik dagegen fordert, dass Weiterbildung weder an mangelnden Angeboten noch an zu geringen finanziellen

Mitteln der Bildungsinteressierten scheitern darf.

Mehr Ressourcen für schülerorientierten Unterricht

Linke Bildungspolitik fordert nicht nur Reformen auf Ebene des Bildungssystems, sondern auch auf Schul- und Unterrichtsebene. Oft höre ich von Lehrpersonen, dass hierarchische und bürokratische Strukturen an den Schulen eine Unterrichtsentwicklung verhindern, die sich an der Logik und Dynamik des Lernens orientiert. Immer mehr Zeit müsse darauf verwendet werden zu überwachen, wo welche Schüler*in wann steht und den Eltern entsprechende Rückmeldungen zu geben, diese Zeit fehle dann für die Gestaltung des Unterrichts.

> *Je besser der Unterricht, je kleiner die Auswirkung der sozialen Herkunft auf den Schulerfolg.*

Generell sollte der Unterricht weniger notenorientiert erfolgen und individuell auf die jeweilige Schüler*in hin ausgerichtet sein. Oft scheitert dies jedoch bereits an den vorhandenen Ressourcen.

Für eine hohe Bildungsqualität braucht es zuallererst gute Arbeitsbedingungen für Lehrpersonen, kleinere Schulklassen und mehr Möglichkeiten individueller Förderung. Jedenfalls gilt: Je besser der Unterricht, je kleiner die Auswirkung der sozialen Herkunft auf den Schulerfolg. Deswegen braucht es einen massiven Ausbau des öffentlichen Bildungssystems respektive die dafür nötigen finanziellen Ressourcen. Linke Bildungspolitik fordert, dass bei der Bildung unserer Kinder weder Kosten noch Mühen gescheut werden, damit diese unabhängig von ihrer Herkunft ihren Weg gehen und zu einem selbstbestimmten Leben in unserer Gesellschaft befähigt werden.

> *Linke Bildungspolitik zu betreiben, bedeutet auch sich klar darüber zu sein, dass mit Bildung alleine die gesellschaftlichen Unfreiheiten und Zwänge, Ausbeutung und Diskriminierung nicht überwunden werden können.*

Linke Bildungspolitik weiss um ihre eigenen Grenzen

Seit dem Reüssieren der Humankapitaltheorie in den Wirtschaftswissenschaften ist das Fordern nach mehr Investitionen in den Bildungsbereich nicht länger ein

Alleinstellungsmerkmal linker (Bildungs)Politik. Inzwischen ist es bildungsökonomisches Allgemeingut, dass es Ressourcenverschwendung ist, Bildungspotentiale brachliegen zu lassen und deshalb die Chancengleichheit im Bildungssystem verbessert werden muss.

Der Ansatz linker Bildungspolitik ist jedoch ein anderer. Es geht ihr um mehr, als «nur» die Chancen von benachteiligten Gruppen im schulischen Wettbewerb zu verbessern. Als linke Politik will sie die Freiheitsräume von Individuen erweitern – und nicht lediglich Sieger und Verlierer im schulischen Wettbewerb leistungsgerechter ermitteln. Auch die Praxis, die Gewinner privilegierten und die Verlierer prekären Segmenten des Arbeitsmarktes zuzuweisen, muss linke Bildungspolitik infrage stellen. Linke Bildungspolitik zu betreiben, bedeutet auch sich klar darüber zu sein, dass mit Bildung alleine die gesellschaftlichen Unfreiheiten und Zwänge, Ausbeutung und Diskriminierung nicht überwunden werden können. Hierfür braucht es eine linke Sozial- und vor allem Wirtschaftspolitik, die über mehr Umverteilung eine tatsächliche Angleichung von Lebensbedingungen bewirkt. Vermutlich würde dies, wenn auch indirekt, stärker zur Bildungsgerechtigkeit beitragen, als alle bildungspolitischen Reformen zusammen.

*Johannes Gruber ist promovierter Soziologe. Für die Gewerkschaft VPOD gibt er die (Link:) Zeitschrift «vpod bildungspolitik» heraus und ist für den Bereich «Migration» verantwortlich.

Literatur

BFS (2020): Statistik der Sonderpädagogik. Schuljahr 2018/19

SWR (2018): Soziale Selektivität. Empfehlungen des Schweizerischen Wissenschaftsrates SWR. Expertenbericht von Rolf Becker und Jürg Schoch im Auftrag des SWR